

Az.: 580.760.000  
753.200.000

Öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 13. Dezember 2006

R. Pr. Nr. 159

**Errichtung einer Gedenkstele für jüdische Mitbürger in der NS-Zeit  
- Entscheidung über den Standort und das weitere Vorgehen**

---

**Beschluss: (einstimmig)**

- 1. Die Gedenkstele für jüdische Mitbürger in der NS-Zeit wird im Bereich der Thiebauthschule errichtet.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei geeigneten Künstlern Gestaltungsvorschläge in Auftrag zu geben und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzustellen.**
- 3. Über die Bereitstellung der notwendigen Mittel wird im Rahmen der Beratungen für den Haushaltsplan 2008 entschieden.**

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 18. Juli 2006, Pr. Nr. 42, die Errichtung einer Gedenkstele/-tafel für jüdische Mitbürger in der NS-Zeit beraten, über Standorte, textliche Gestaltung, Kosten und Verfahren diskutiert und die Verwaltung beauftragt, die offenen Fragen zu prüfen, in der Stadtgeschichtlichen Kommission zu behandeln und das Resultat dem Verwaltungsausschuss zur Vorberatung vorzulegen.

Die Gedenkstele soll im Jahr 2008 an ihrem Bestimmungsort stehen, da sich in diesem Jahr die grauenvollen Ereignisse der Reichspogromnacht von 1938 zum 70. Mal jähren.

Für die Aufstellung einer solchen Stele wurden von der Verwaltung drei Standorte als grundsätzlich geeignet vorgeschlagen:

- beim Rondell an der Albstraße, wo das als Synagoge genutzte Gerberhaus stand, eingangs der Sternengasse, vis-à-vis des Schildhalterinbrunnens
- beim Denkmal vor der Thiebauthschule nahe der 1938 niedergebrannten Synagoge auf der anderen Straßenseite, neben dem Hospiz
- im Rosengarten bei der Stele für Else Lasker-Schüler, die die deutsch-jüdische Versöhnung gelebt hat, vor der Schmalseite der Stadtbibliothek

Standorte und Stele sollten eng aufeinander bezogen sein, so dass in die Aufgabe der Gestaltung der Stele der Standort von vornherein einbezogen werden soll.

Die Verwaltung schlägt vor, zur Schaffung einer Gedenkstele bildhauerisch tätige Künstler aus der Region zu Vorschlägen aufzufordern. Die Künstler erhalten die Aufgabe, einen Entwurf mit Textvorschlag (kurzer allgemeiner Hinweis) zu gestalten.

Der Verwaltungsausschuss in seiner o. g. Sitzung zwei weitere Standorte (Rathaus und Polizeigebäude) in die Diskussion gebracht und bei der Gestaltung auch offen gelassen, ob das geplante „Denkmal“ eine Stele oder eine Gedenktafel werden soll, da die Gestaltung vom fest-

gelegten Standort abhängig sei. Auch wurde offen gelassen, ob die damaligen jüdischen Mitbürger namentlich verzeichnet werden sollen und ob und wenn ja, welcher Text gewählt werden soll.

Schließlich wurde auch angeregt, die Frage der Kosten noch einmal zu prüfen.

Die Stadtgeschichtliche Kommission hat in ihrer Sitzung am 12.10.2006 zunächst die verschiedenen Standorte einer differenzierten Meinungsbildung unterzogen. Als wesentliches Argument wurde der räumliche Bezug zum kulturellen und religiösen Leben der jüdischen Bevölkerung sowie zum Ort der Untat des NS-Regimes, nämlich gegenüber der ehemaligen und abgebrannten Synagoge herausgestellt. So stand der Platz gegenüber der Thiebauthschule von vornherein im Zentrum der Diskussion. Auch die Vorteile der Standorte Albstraße und Rosengarten mit ihrer fußläufigen Erreichbarkeit in der Innenstadt und ihrer Platzqualität konnten das Gremium letztendlich nicht umfassend überzeugen. Die Realisierbarkeit auf dem Platz vor der Thiebauthschule im Umfeld des Kriegerdenkmals von 1870 wurde als gleichwohl möglich und umsetzbar betrachtet.

Beim abschließenden Votum hat die Stadtgeschichtliche Kommission sich eindeutig für den Platz gegenüber der ehemaligen Synagoge ausgesprochen.

Die Verwaltung hält den Platz vor der Thiebauthschule aber für weniger geeignet, da er außerhalb der Fußwegachsen der Innenstadt sowie an einer stark befahrenen Straße liegt. Der vorgeschlagene Platz für das „Denkmal“ liegt ca. 50 m schräg gegenüber der ehemaligen Synagoge und hat damit auch keinen unmittelbaren Bezug zu diesem Ort, außerdem ist der Platz durch das Kriegerdenkmal geprägt.

Daher schlägt die Verwaltung den Standort Albstraße vor, der unmittelbar in der Fußgängerzone der Altstadt liegt und damit auch den Wünschen der befragten Vertreter der jüdischen Gemeinde entgegenkommt, das „Denkmal“ dort aufzustellen, wo sich die Menschen in dieser Stadt insbesondere bewegen. Historische Bezüge auf das jüdische Leben in Ettlingen sind auch hier gegeben und das Rondell scheint als Platz wie gemacht für ein „Denkmal“.

Zur Frage der Beschriftung und Namensnennung der jüdischen Bevölkerung in der NS-Zeit hat die Kommission die Meinung vertreten, die Namen der jüdischen Bürger in jedem Fall aufzuführen, darüber hinaus aber mit Beschriftungen und Ausführungen sehr zurückhalternd zu sein. Mit der sehr reduzierten Vorgabe der Namensnennungen auf dem „Denkmal“ solle die Verwaltung in die Gespräche mit den Künstlern eintreten und ihnen möglichst viel Gestaltungsraum lassen.

Der Finanzrahmen von 15.000 € wurde als sehr knapp eingeschätzt, weshalb die Überlegung geäußert wurde, möglicherweise auch mit Akademieklassen zu arbeiten.

Die Verwaltung schließt sich der Stellungnahme zur Beschriftung und Namensnennung (unter Mitwirkung der jüdischen Gemeinde) an und empfiehlt das vorgeschlagene Verfahren. Über die Bereitstellung der benötigten Mittel ist im Rahmen der Beratungen für den Haushaltsplan 2008 zu entscheiden. Bis dahin liegen auch die Gestaltungsentwürfe mit konkreten Kostenschätzungen vor.

- - -

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 28. November 2006 statt.

- - -

Stadtrat Foss erläutert, dass über die Einrichtung der Gedenkstele Einigung bestehe und lediglich der Standort in der Vorberatung diskutiert worden sei. Er erklärt weiter, dass sich der Verwaltungsausschuss auf den Bereich gegenüber der ehemaligen Synagoge geeinigt habe und dies ein guter Vorschlag der stadtgeschichtlichen Kommission gewesen sei. Er stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Rebmann informiert, dass der Verwaltungsausschuss über die Standorte beraten habe und der Bereich der Thiebauthschule gewählt worden sei. Er schlägt bezüglich Beschlussziffer 2 vor, geeignete Künstler in Ettlingen zu suchen und beispielsweise auch bei der Wilhelmshöhe anzufragen.

Stadtrat Lorch verdeutlicht, dass die Platzierung der Gedenkstele an einem Ort mit historischem Bezug erfolgen müsse und im Bereich der Thiebauthschule auch gefunden werden konnte. Er bittet weiterhin um Beschleunigung des Verfahrens unter Beschlussziffer 2, da am 10. November 2008 die Einweihung der Gedenkstele angedacht sei. Er lässt wissen, dass sich die Notwendigkeit von Mahnmalen vor kurzem gezeigt habe, als eine Nazidemonstration in Ettlingen angekündigt worden sei. Er ergänzt, dass Dank dem Aktionsbündnis, der Bürgermeisterin und der Polizei die Demonstration verhindert und eine positive Gegendemonstration initiiert werden konnte. Er stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Siess stimmt dem Beschlussvorschlag mit dem Hinweis zu, dass eventuell Nachwuchskünstler herangezogen werden könnten.

Stadträtin Lumpp stimmt dem Beschlussvorschlag zu und ergänzt, dass es wichtig sei auch zukunftsweisende Projekte voranzutreiben.

Stadtrat Künzel stimmt der Verwaltungsvorlage zu und erklärt, dass er auch mit dem Standort im Bereich der Thiebauthschule einverstanden sei.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker weist darauf hin, dass es in der Wilhelmshöhe keine Nachwuchskünstler gebe, sie jedoch die Bitte aufnehme, nach Nachwuchskünstlern und Ettlinger Künstlern zu suchen.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig oben stehender Beschluss gefasst.

- - -